

SEESTADT BREMERHAVEN



Inklusionsbeirat Bremerhaven 18. Sitzung am 27.10.2020

Protokoll

**Magistrat der Stadt Bremerhaven
Amt für Menschen mit Behinderung
E-Mail: amtfuermenschenmitbehinderung@magistrat.bremerhaven.de**



**BREMERHAVEN
MEER ERLEBEN!**

Sitzung	Einladung zur 18. Sitzung des Inklusionsbeirates Bremerhaven
Datum Zeit	Dienstag, 27.10.2020 – Beginn: 15.30 Uhr
Ort	Stadthalle Bremerhaven Wilhelm-Kaisen-Platz 1 27576 Bremerhaven
Raum	Saal Innenraum

Protokoll

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Frau Schwarz-Grote begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Sie gibt einen kurzen Hinweis auf die aktuelle Lage und die dadurch gegebenen Hygiene- und Abstandsregeln. Sie ist froh, dass die Stadthalle für die Sitzung genutzt werden konnte und dadurch erst die Sitzung durchgeführt werden konnte. Herr Stadtrat Parpart und der Landesteilhabebeirat sind entschuldigt.

2. Vorstellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird vorgestellt und es gibt keine Ergänzungswünsche. Es sind 7 Stimmberechtigte Mitglieder anwesend, sodass Abstimmungen erfolgen können.

3. Vorstellung und Genehmigung der Protokolle vom 12.02.2020 und 07.07.2020

Beide Protokolle wurden ohne Gegenstimmen genehmigt.

4. Senioren und Behinderung im Teilhabeplan Bremerhaven Bericht des Seniorenbeirates

Lt. Frau Schwarz-Grote ist dieser Bereich im Teilhabeplan nicht explizit erfasst, es ist aber ein übergreifendes Thema in viele Bereiche, z.B. Bauen, Pflege, Mobilität, Kommunikation. Lt. Teilhabeplan sollen alle Seniorentreffpunkte barrierefrei werden, die Ausstattung ist aber viel mit Ehrenamtlichen. Wegen der Coronakrise mussten die Treffpunkte schließen.

Herr Reinhardt Niehaus vom Seniorenbeirat berichtet:

Es gibt Senioren in der Stadt, die aus sehr unterschiedliche Bereichen und Lebenslagen kommen. Die Tagesstätten, Kirchen, und Sportvereine haben Probleme, die Leute zusammen zu bekommen.

Es gibt 6 städt. Seniorentreffpunkte in der Stadt. Aufgrund der aktuellen Situation sind diese nur 3-mal wöchentlich als Café geöffnet, weitere Angebote finden nicht statt. Es gibt aber weitere Häuser, z.B. von der AWO, das ehemalige Waschhaus in Leherheide und Kirchentreffpunkte. Es gibt aber keine offiziellen Berührungspunkte mit Menschen mit Behinderungen.

Dafür bestehen Verbindungen zu Seniorenheimen, jetzt sind diese leider nicht möglich, die Seniorenheime sollten offen sein, Netzwerkverbindungen werden noch wichtiger. Die Häuser brauchen W-LAN und die Bewohner brauchen Geräte, mit denen sie Kontakt zur Außenwelt aufnehmen können.

Im Seniorenbeirat war ein Mitglied mit Behinderung, das erst auf einen Rollator und dann auf einen Rollstuhl angewiesen war. Erst durch diesen Kontakt sind die Unterschiede erkannt worden.

Ein Antrag auf Anerkennung der Behinderung ist für die Senioren schwierig, es dauert lange bis die Bewilligung vorliegt. Die Nutzung eines Rollators ist manchmal schwierig, wenn die Bürgersteige Gefälle zur Straße hinaufweisen.

Es gibt Bemühungen die Seniorentreffpunkte in barrierefreien Gebäuden unterzubringen, die Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr ist nicht immer einfach. Die Wohnungsgesellschaften setzen auch immer mehr Barrierefreiheit um.

Auf Nachfrage teilt Herr Niehaus mit, dass es keine speziellen Angebote für Menschen mit geistiger Behinderung gibt aber Kaffeetrinken geht immer. Die Angebote werden oftmals von Ehrenamtliche durchgeführt.

Es soll 6 Vollzeitstellen für die Seniorentreffpunkte geben, die z.Zt. aber nicht alle besetzt sind. Die hauptamtlich Beschäftigten sind für den Tagesablauf in den Treffpunkten und dem Aufstellen der Dienstpläne verantwortlich, sie haben aber auch noch anderen Aufgaben für das Sozialamt. Es werden weitere bezahlte Kräfte benötigt, z.B. für Reinigung, Öffnen und Schließen der Räume. Normalerweise ist ein Treffpunkt von 9:30 Uhr bis 18:00 Uhr geöffnet und wird von 2 Ehrenamtlichen durch Angebote für Gruppen bereut. Bingo und Tanz läuft gut, Gesprächsrunden nicht so.

Im Seniorenbeirat sind Vertreter der einzelnen Seniorentreffpunkte, ab 55 ist man schon ein Senior und kann teilnehmen.

Werkstattbeschäftigte sind bisher nicht in den Treffpunkten anzutreffen, werden aber durch das Alter immer mehr Zielgruppe. Die großen Häuser wie EWW und ASW sollten mehr Angebote für spezielle Behinderungen (geistige, psychische) machen und das Netzwerk muss ausgebaut werden, damit auch gemischte Gruppen stattfinden können. Es gibt bereits Angebote an denen jeder teilnehmen kann, wie „Fit in den Tag“, Sport am Platz.

Frau Heidemarie Schröder merkt an, dass es schwierig ist in bestehende Gruppen aufgenommen zu werden, wie soll gegen die Ausgrenzung von Menschen mit Behinderung angegangen werden?

Herr Niehaus teilt mit, dass es diese Ausgrenzung gibt, für bestimmte Menschen braucht man aber geschlossenen Gruppen.

Frau Schwarz-Grote ergänzt, dass es bereits Arbeitsgruppen zum Thema Senioren mit Behinderung in den Werkstätten gibt. Was sollen die machen, wenn sie in das Rentenalter kommen, es müssen jetzt andere Angebote

gemacht werden. Die Betroffenen treffen sich untereinander, der Gedanke an die Seniorentreffpunkte ist noch nicht da.

Her Niehaus teilt mit, dass die Angebote der städtischen Häuser ins Netz gebracht werden sollen. Als positives Beispiel nennt Frau Schwarz-Grote den Martinshof. Es muss noch mehr darüber gesprochen und ausprobiert werden.

Frau Schwarz-Grote dankt Herrn Niehaus für seinen Bericht und teilt mit, dass der Teilhabeplan noch nicht abschließend ist und noch weitere Punkte aufgenommen werden können.

Bericht des Sozialverbandes musste ausfallen, da Herr Harms nicht an der Sitzung teilnehmen konnte.

5. Berichte

Frau Schwarz-Grote berichtet, dass es mehrere Treffen im Vorstand gegeben hat. Das Thema Maskenpflicht und Befreiung verbreitet sehr viel Unsicherheit.

Es gab eine Telefonkonferenz mit dem Landesteilhabebeirat.

Im Juni hat der Ausschuss für Arbeit die Situation der Werkstattbeschäftigten (Löhne Beschäftigung, Vorerkrankungen) behandelt und der Sozialausschuss hat getagt.

Herr Müller berichtet, dass es einen neuen Stadtrat für die Bereiche Hilfen für Senioren und Seniorinnen, Gesundheitsamt, Betriebsärztl. Dienst und Suchtkrankenhilfen Herrn Stadtrat Caloglu gibt. Herr Caloglu konnte leider nicht an der heutigen Sitzung teilnehmen, wird dies aber bei einer späteren Sitzung nachholen.

Baumaßnahmen sind ein Thema im Amt für Menschen mit Behinderung, es wird eine Bestandsaufnahme der Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden geben.

Es findet ein intensiver Austausch zu den Thema Corona, Tragen von Masken/Hausrecht, Arbeit statt. Es sollten Mittelwege gefunden werden, die der Situation gerecht werden.

Anträge auf Anerkennung von Behinderung müssen beim Versorgungsamt gestellt werden, das Amt für Menschen mit Behinderung kann nur als Lotsenstelle Wege aufzeichnen und Kontakte vermitteln.

Die Absenkung von Bordsteinen (Beispiel Leherheide) wird angegangen, es wird gemacht, was mit Bordmitteln durchgeführt werden kann.

Die Friedhofskapelle Wulsdorf ist durch Treppenstufen nicht barrierefrei, es soll sich ändern, Her Parpart kümmert sich um die Angelegenheit.

Bei den Plänen zum Umbau des Nordsee-Stadions wurde das Amt für Menschen mit Behinderung schon frühzeitig beteiligt.

6. Umbenennung des Amtes für Menschen mit Behinderung in Inklusionsamt

Herr Müller erläutert nochmals die Aufgaben des Amtes und dass Teilhabe und Inklusion ein großer Bestandteil ist.

Die Abstimmung ergab 5 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung.

Somit beschließt der IBB Folgendes:

Der IBB regt die Umbenennung des Amtes für Menschen mit Behinderung in Inklusionsamt an.

Frau Sacher erläutert, dass das Wort Inklusion keine leichte Sprache ist und sie will in der Werkstatt die Beschäftigten fragen, welche bessere Bezeichnung es geben könnte.

Frau Schröder teilt mit, dass Inklusion ein Hinweis auf das Zusammenbringen von Verschiedenen ist.

Herr Lutterbüse meint, dass es einen Hinweis auf die Aufgaben des „Inklusionsamtes“ geben müsse, damit gewusst wird, was genau damit gemeint ist.

Herr Müller teilt mit, es werde bei einer offiziellen Umbenennung des Amtes der Vorgang mit Flyern, Informationen für die Öffentlichkeit durch Presse und im Internet bekannt gemacht werden.

7. BremBGG §8 Abs. 3

Die Erhebung der Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden muss gemacht werden, dazu gehören nicht nur die Stadthäuser, sondern alle öffentlichen Gebäude, wie Seniorentreffpunkte, Friedhofsgebäude, auch Gebäude bei deren Nutzer die Aufsichtsräte aus der Verwaltung kommen, usw. Die Koordinierung sollte beim Amt für Menschen mit Behinderung liegen, da dadurch bereits auf dem Weg der Erhebung geringfügige Barrieren abgebaut werden können.

Frau Schwarz-Grote erläutert, dass es nicht gut wäre, wenn die Erhebung eine Behörde macht, die keinen Bezug zu Menschen mit Behinderung hat, dann werden die Bedarfe nicht richtig erkannt. Der IBB will unterstützen, dass die Federführung beim Amt für Menschen mit Behinderung liegt.

Die Abstimmung ergab 6 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimme und 1 Enthaltung.

Somit beschließt der IBB Folgendes:

Der Inklusionsbeirat regt an, die Federführung und die Koordination für diese Arbeitsgruppen (zum Aufstellen verbindlicher und überprüfbarer Maßnahmen- und Zeitpläne) beim Amt für Menschen mit Behinderung einzurichten.

8. Situation Wulsdorfer Bahnhof, Notrufsäule

Die Bahn erwartet, dass sich Nutzer selber helfen, wenn der Fahrstuhl nicht geht. Ein Gehbehinderter oder Rollstuhlfahrer kann den Bahnhof dann aber nicht verlassen, wenn er kein Handy hat um Hilfe zu rufen. Eine Notrufsäule sollte aufgestellt werden.

Die Abstimmung ergab 7 Ja-Stimmen,
Somit beschließt der IBB Folgendes:
Der Inklusionsbeirat fordert die Einrichtung einer Notrufmöglichkeit in Form einer Notrufsäule oder ähnlichem.
Das Amt für Menschen mit Behinderung möge die Forderung an die entsprechend Stelle mit der Bitte um Rückantwort weiterleiten.

9. Stiftung Inklusive Stadt

Der IBB will die Netzwerkarbeit der Stiftung unterstützen und ggf. finanzielle Förderung leisten, wenn Geld vorhanden ist. Ein entsprechender Vertrag soll unterschrieben werden.

Frau Johansen und Herr Kerchner von der Stiftung Inklusive Stadt erläutern nochmals die Ziele der Stiftung. Es haben bereits Inklusionskonferenzen stattgefunden und durch eine Förderung von „Aktion Mensch“ kann die Netzwerkarbeit ab 01.09.2020 für weitere 5 Jahre fortgesetzt werden. Durch den Vertrag wird der IBB Mitglied in der bereits aufgestellten Steuerungsgruppe und kann die Arbeit mitgestalten. Am 19.05.2021 soll eine weitere Inklusionskonferenz stattfinden.

Die Abstimmung ergab 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimme und 0 Enthaltung.
Somit beschließt der IBB, dass der Vertrag abgeschlossen werden kann.

10. Verschiedenes

Die Tür im T.i.m.ePort II soll barrierefrei werden. Die Machbarkeit und Finanzierung wurde geprüft und die entsprechenden Mittel solle in den Wirtschaftsplan der BIS für die nächsten 2 Jahre eingestellt werden. An der Machbarkeitsstudie war das Amt für Menschen mit Behinderung nicht beteiligt.

Frau Rehberg-Möller von Gehörlosenverein teilt mit, dass der Verein Räume bei den Elbe-Weser-Welten nutzt, dort finden auch Beratungen der Vereinsmitglieder statt. Im letzten Jahr gab es vermehrt Probleme: erst wurde der Code für die Eingangstür ohne vorherige Info geändert, dann wurde die Küche nicht mehr gereinigt und konnte nicht genutzt werden, danach wurde die Küche ohne Ankündigung abgebaut, es waren Toiletten abgeschlossen, es gab keine Seife und kein Papier. Jetzt konnte wegen Corona der Raum nicht genutzt werden es musste aber weiterhin Miete gezahlt werden. Auf E-Mails an die EWW wurde nicht geantwortet, das Verhalten wird als Diskriminierung empfunden.

Der Der Gehörlosenverband sucht Räume, die ohne Einschränkungen genutzt werden können. Die Situation verunsichert die Betroffenen. Zum Teil findet Beratung in den privaten Räumen von Frau Rehberg-Möller statt.

Herrn Romeike von den EWW ist der Vorfall bekannt, es haben Umbaumaßnahmen stattgefunden, Räume werden jetzt vom Berufsbildungsbereich genutzt. Herr Romeike will das Thema mit dem Geschäftsführer besprechen.

Frau Schröder ist erschüttert, es sollten keine neuen Räume gesucht werden, EWW muss das Angebot aufrechterhalten.

Die Coronazeit sind für die Gehörlosen ein besonderes Problem, anrufen können sie nicht und ein persönlicher Kontakt war nicht möglich.

Herr Müller bietet Hilfestellung beim Kontakt zu den EWW mit Gebärdendolmetschen an.

Frau Rehberg-Möller hat noch ein weiteres Problem: sie hat ein offizielles Schreiben vom Magistrat erhalten, worin stand, dass sie sich telefonisch melden sollen. Frau Rehberg-Möller, ihr Ehemann, ihr Vater und die Tochter sind alle gehörlos, nur ein Sohn kann hören. Ein persönlicher Besuch in der Behörde war wegen Corona nicht möglich. Bekannte konnten telefonisch nicht behilflich sein, da entsprechen Vollmachten fehlten und sie keine Auskünfte vom Amt erhalten haben.

Diese Probleme gibt es immer wieder. Es gibt zwar einen Dolmetscher Dienst über Video aber auch die Dolmetscher bekommen nicht immer Auskünfte, da es Rückfragen nach der Berechtigung gibt.

Herr Müller teilt mit, dass eine Maßnahme beschlossen werden soll, damit solche Probleme vermieden werden Ansprechpartner ist das Amt für Menschen mit Behinderung.

Frau Schwarz-Grote dankt Frau Rehberg-Möller für ihren Bericht, dadurch hat der IBB einen guten Eindruck von den Schwierigkeiten und Belangen der Gehörlosen Menschen erhalten, es ist immer gut, wenn praktische Dinge angesprochen werden.

Frau Schröder teilt mit, dass es nicht sein darf, dass in Ämtern des Magistrats so etwas passiert.

Herr Müller verweist auf die UN-Behindertenrechtskonvention, die bereits seit 13 Jahren gilt. Verbesserungen dauern immer lange. Er gibt nochmals einen Hinweis auf die Lotsenstelle im Amt für Menschen mit Behinderung. Diese Stelle ist behilflich bei der Vermittlung von Kontakten und ggf. auch Terminen. Barrierefreiheit muss es auch im Bereich Information und Kommunikation geben.

Frau Sacher würde gerne eine Berufsinformationsmesse Inklusiv für Beschäftigte der Werkstätten durchführen, Assistenzsysteme sollten dabei vorgestellt werden. Ein Konzept dazu sollte erarbeitet werden.

Frau Schwarz-Grote will zu dem Thema einen Termin mit Frau Sacher vereinbaren.

11. Schließung der Sitzung

Frau Schwarz-Grote danke allen Teilnehmern und schließt die Sitzung um 17:30 Uhr

gez.
Hillebrandt
Protokoll

gez.
Heima Schwarz-Grote
1. Vorsitzende